



Antrag

der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW

Stärkung der Berufs- und Studienorientierung

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Studien- und Berufsorientierung für die Schülerinnen und Schüler an allen Schularten auszubauen. Dabei sollen alle Schularten die Möglichkeiten sowohl von beruflichen Ausbildungen als auch von Hochschulstudien thematisieren.

Die Berufsorientierung muss durchgehendes Element der schulischen Bildung sein, vor allem in den Jahren vor dem Mittleren Schulabschluss und vor dem Abitur fest in der Tätigkeit der Schulen verankert sein und in enger Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit und den Akteuren der Jugendberufsagenturen stattfinden.

- Die Landesregierung möge sicherstellen, dass alle Schularten, auch die Gemeinschaftsschulen mit Oberstufen und die Gymnasien die Studien- und Berufsorientierung, verbindlich fest im Unterricht der Oberstufen verankern.
- Es soll geprüft werden, welche Schulfächer und anderen Arbeitsstrukturen sich dafür besonders eignen. Ebenfalls sollen die Erfahrungen Hamburgs berücksichtigt werden, das zum nächsten Schuljahr die Berufs- und Studienorientierung als eigenes Pflichtfach verankert.
- Des weiteren möge die Landesregierung sicherstellen, dass ein Berufsorientierungskonzept an Förderzentren sowie an Regelschulen im Kontext der Inklusion mitgedacht und thematisiert wird.
- Mit den Schulen soll die Tätigkeit der Beauftragten der Schulen für die Berufs- und Studienorientierung evaluiert werden, einschließlich der ihnen zur Verfügung stehenden zeitlichen und materiellen Ressourcen.

- Die Erfahrungen bei der Umsetzung des Landeskonzeptes Berufsorientierung an den Regional- und Gemeinschaftsschulen von 2014 sollen ausgewertet und dokumentiert werden.
- Die vorhandenen Curricula und Modelle der Schulen und der Kreise zur Berufsorientierung sollen ausgewertet werden.

Begründung:

§ 4 des Schulgesetzes macht die Berufsorientierung zur Querschnittsaufgabe des gesamten Schulwesens. Sie kann sich nicht allein an diejenigen Schülerinnen und Schüler wenden, die nach ihrem Schulabschluss eine Berufsausbildung anstreben. Die Erfahrungen zeigen, dass viele Schülerinnen und Schüler, auch dann, wenn ihr Abitur in Reichweite ist, noch keine festen Vorstellungen über ihren anschließenden Ausbildungsweg haben, sowohl was die Wahl des geeigneten Studienfaches oder was eine berufliche Ausbildung anbelangt.

Um diese lebensbestimmenden Entscheidungen abzusichern, ist es unerlässlich, die Schülerinnen und Schüler mit dieser Weichenstellung für ihr Leben nicht alleinzulassen, sondern die Vorbereitung dieser Entscheidung im Schulunterricht zu verankern. Dabei können die Hamburger Erfahrungen wichtige Hinweise liefern.

Martin Habersaat
und Fraktion

Jette Waldinger-Thiering
und die Abgeordneten des SSW